

„We the people ...“, die „Liberty Bell“ wie eine Reliquie jener öffentlichen Frömmigkeit, die identitätsbildende Bezugspunkte für eine Nation liefert, die sich ansonsten viel darauf zugute hält, den Freiheitsraum des Individuums so wenig wie eben möglich einzuschränken: Je größer die individuelle Freiheit, desto größer offenbar auch das Bedürfnis, sich immer wieder zu vergewissern, dazuzugehören, an einer *kollektiven Identität* teilzuhaben. Die funktional austauschbaren Formen von Religion werden

kaum irgendwo anschaulicher vorgeführt als in Amerika: Ob es Religion als öffentlich gepflegte Zivilreligion ist oder jene *Optimismusreligion* der TV-Prediger, in der alles Kritisch-prophetische nur das Wohlbefinden und die Spendenfreudigkeit stören würde; oder als die „goldenste unter den vielen Credit-Cards“ (*Martin Walser*,) im Leben dieser geschäftigen und geschäftstüchtigen Nation ... – Die Spannung zwischen den beiden Fahnen in den Kirchen wird also bleiben. *Klaus Nientiedt*

Kurzinformationen

„Säkulare Welt und Reich Gottes“ lautete das Thema der diesjährigen Salzburger Hochschulwochen (27. Juli bis 8. August).

Bei ihrer Gegenwartsanalyse (vgl. Teil II.A.1. ihres Schlußdokuments) machte die Sondersynode von 1985 gleichermaßen auf den heute vielfach herrschenden Säkularismus als einer „autonomistischen Sicht von Welt und Mensch“ aufmerksam (er müsse von einer positiv zu bewertenden Säkularisierung unterschieden werden) wie auf „Zeichen für eine Rückbesinnung auf das Heilige“. In diesem Spannungsfeld bewegten sich die Vorlesungen und Seminare der Salzburger Hochschulwochen, die das komplexe Gesamthema in seinen verschiedenen Facetten auszuloten versuchten. Dabei kamen die geistes- und realgeschichtlichen Ursprünge und Entwicklungsstadien des neuzeitlichen Säkularisierungsprozesses ebenso zur Sprache wie der gegenwärtige Zustand der säkularen Welt, mit seiner seltsamen Mischung aus institutionell-struktureller Weltlichkeit und neuen mythisch-religiösen Sehnsüchten bzw. Suchbewegungen. Gefragt wurde nach den Möglichkeiten einer postsäkularen religiösen Weltdeutung wie nach den Aufgaben christlicher Theologie in einer säkularisierten Welt, in der Spannung zwischen Anpassung und integralistischer oder rein binnenkirchlicher Selbstbehauptung. Vor zwanzig Jahren hätte man unter dem Generalthema „Säkulare Welt und Reich Gottes“ kaum den Mythos thematisiert; jetzt war im Programm die „Wiederkehr des Mythos“ ebenso vertreten wie die religiöse Dimension in der modernen Literatur. Zwei Vorlesungsreihen (über das Verständnis von Welt im Alten und Neuen Testament und über die Reich-Gottes-Verkündigung Jesu) brachten den biblischen Pol des Gesamthemas ein. In der zweiten Woche lag der Schwerpunkt stärker auf dem kirchlich-christlichen Umgang mit den säkularen Lebensverhältnissen (Veranstaltungen zur Frage einer autonomen Moral, zum Weltauftrag der Kirche und zur Evangelisierung). Die Festrede zur Halbzeit der Hochschulwochen hielt *Hans Maier*, der sich mit der Lehre Augustins von den „Civitates“ und ihrer heutigen Bedeutung auseinandersetzte. 1988 werden sich die traditionsreichen und gleichzeitig recht lebendigen

Hochschulwochen mit dem Thema „Gott schuf den Menschen als Mann und Frau“ beschäftigen.

Im japanischen Kyoto trafen sich am 3./4. August Vertreter der wichtigsten Weltreligionen zu einem Friedensgebet.

Das Treffen war das zweite dieser Art nach dem Friedensgebet, zu dem Papst Johannes Paul II. am 27. Oktober 1986 Vertreter von zwölf Weltreligionen nach Assisi eingeladen hatte. (Vgl. HK, Dezember 1986, 556.) Treffpunkt war diesmal der Heilige Berg Hiei oberhalb der alten japanischen Hauptstadt Kyoto. Eingeladen hatte der 92jährige Oberpriester der buddhistischen Tendai-Sekte, *Etai Yamada*. Die teilnehmenden Weltreligionen hatten insgesamt rangniedrigere Vertreter geschickt als das Jahr zuvor in Assisi. Der Heilige Stuhl war durch den Leiter des vatikanischen Sekretariates für die Nichtglaubenden, den nigerianischen Kardinal *Francis Arinze*, vertreten. Im Gegensatz zur Konzeption des Treffens von Assisi war diese Zusammenkunft als ein „religiöser Gipfel“ gestaltet. Dem eigentlichen Friedensgebet am Nachmittag des 4. August ging eine Konferenz der Teilnehmer voraus, auf dem u. a. an die kriegführenden Länder Iran und Irak appelliert wurde, den Konflikt beizulegen. Von verschiedenen Seiten wurde angeregt, das Friedensgebet der Weltreligionen zu einer festen Einrichtung zu machen. Das Treffen endete mit der Verlesung einer Friedensbotschaft – auch dies ein Unterschied zu Assisi. Noch vor dem Treffen hatte Johannes Paul II. die Initiatorien dieses Friedensgebets im Vatikan empfangen. In einer kurzen Grußbotschaft an die Teilnehmer wies der Papst auf die besondere Rolle des Gebetes bei der Schaffung des Friedens hin (Osservatore Romano, 7. 8. 1987). Pressemeldungen wollten verschiedentlich von vatikanischen Vorbehalten gegenüber diesem Treffen wissen.

Afrikanische Kursbestimmung auf der 8. Secam-Vollversammlung in Lagos.

Vom 12. bis 19. Juli tagte in Lagos (Nigeria) das Symposium der Bischofskonferenzen von Afrika und Madagaskar (Secam/Secam). Es war die 8. Vollversammlung seit

der Gründung des Symposions 1969 in Kampala; damals in Anwesenheit Pauls VI. Zwei zentrale Punkte bestimmten die Tagesordnung: eine Standortbestimmung seiner Aufgaben und das Studium der missionarischen Situation in den verschiedenen Ländern Afrikas. Es wurde das Präsidium neu gewählt. An die Stelle des bisherigen Präsidenten, Kardinal *Joseph Malula* (Kinshasa), tritt der Vorsitzende der Nigerianischen Bischofskonferenz und Bischof von Jos, *Gabriel Gonsum Ganaka* (50). Die bisherigen Kommissionen wurden neu strukturiert. Es wurden drei neue Kommissionen (Theologie und Pastoral, Soziales und Recht, Finanzen und Verwaltung) geschaffen, während die früheren Kommissionen zu Arbeitsgruppen bzw. Geschäftsstellen für spezielle Dienste zurückgebildet wurden. Noch einmal unterstrich die Vollversammlung, Secam wolle keine Superstruktur sein, sondern Verbindungs-, Abstimmungs- und Kooperationsorgan im Dienste der nationalen Bischofskonferenzen Afrikas. Bei der inhaltlichen Diskussion über die missionarische Situation der Kirche in Afrika spielte das Stichwort von der „zweiten Evangelisierung“ eine besondere Rolle: Afrika sei noch Kontinent der ersten Evangelisation, aber es gelte, die christliche Botschaft zu vertiefen und dahin zu wirken, daß Afrikaner wirklich um Christi willen Christen würden und nicht wegen irgendwelcher sozialer oder sonstiger Vorteile. Einen wichtigen korrespondierenden Punkt zum Missionsthema bildete das *Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen* mit der deutlichen Erkenntnis, daß die afrikanischen Naturreligionen als soziale Struktur im Schwinden sind, aber kulturell weiter Einfluß haben. Weitere Beratungsthemen waren die Sekten und der Islam, zwei Themen, denen neben den Stammesproblemen gegenwärtig wohl die größten Sorgen der Kirche Afrikas gelten. Am Symposion nahm eine auffällig starke römische Delegation, an ihrer Spitze die Kardinäle *Arinze* und *Etchegaray*, teil. Neben den schwarzafrikanischen Episkopaten waren auch die aus den islamischen Ländern nördlich der Sahara vollständig vertreten.

Die Unruhen unter der Bevölkerung Haitis nehmen zu.

Die Bischöfe des Karibikstaates Haiti haben Regierung und Militär nach den blutigen Auseinandersetzungen der letzten Wochen zur Mäßigung und Verantwortung aufgerufen. „Die Lage ist wiederum ernst; man darf nicht leichtfertig mit dem Schicksal von 6 Millionen Menschen umgehen“, heißt es in der bischöflichen Erklärung vom 4. Juli. Die Bevölkerung lebe in einem Klima der Unsicherheit, das in Anarchie und einen Bürgerkrieg umschlagen könne. Den Preis solcher gewaltsamer politischer Auseinandersetzungen zahle wieder einmal das einfache Volk. Nicht die Gewalt einer neuen Diktatur sei der richtige Weg, schreiben die Bischöfe, sondern der „Respekt vor dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung“, damit freie Wahlen in Haiti möglich würden. Der Bischof von Jeremie, *Willy Romelus*, kritisierte in einer über den Kirchensender „Radio Soleil“ ausgestrahlten Botschaft erneut die Einmischung ausländischer Mächte,

die es dem Land noch schwerer mache, nach Jahrzehnten der Diktatur einen demokratischen Weg einzuschlagen. „Fremde Länder“, die er nicht beim Namen nannte, unterstützten die Armee Haitis und leisteten auf verschiedene Weise militärische Hilfe. Im August hielt Bischof Romelus in seinem Bistum eine Novene für den Rücktritt des provisorischen Nationalen Regierungsrates. Romelus, schon unter dem Duvalier-Regime einer der schärfsten Kritiker der Diktatur, zählt im haitischen Episkopat zu den härtesten Gegnern der Übergangsregierung unter General *Henri Namphy*. Das „Streik-Komitee“, in dem sich zahlreiche oppositionelle Bewegungen und kirchliche Basisgruppen zusammengeschlossen haben, rief zum Generalstreik gegen den Nationalen Regierungsrat auf, bis das Ziel einer „neuen Ordnung“ erreicht sei. Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und regierungsfeindlichen Demonstranten in der Hauptstadt Port-au-Prince und einem Massaker gedungener Mörder unter der ländlichen Bevölkerung sind nach Angaben von Radio Soleil mindestens 60 Menschen ums Leben gekommen.

Die panamaischen Bischöfe haben die Armee des Landes für die sich zuspitzende politische Krise verantwortlich gemacht.

In einer Anfang August in allen Kirchen Panamas verlesenen Erklärung kritisierten die Bischöfe die „im ganzen Land spürbare Einschüchterung der Bevölkerung“ durch das Militär und die willkürliche Auslegung und Anwendung der Gesetze, die den einen verbiete, was den anderen erlaubt sei. In der vom Erzbischof von Panama-City, *Marcos McGrath*, unterzeichneten Erklärung fordert die Kirche zudem die Wiedezulassung von drei oppositionellen Zeitungen, die die Regierung Ende Juli angesichts der landesweiten Unruhen verboten hatte, und setzt sich für die Freilassung des abgesetzten Generalstabchefs, Oberst *Roberto Díaz*, ein. Díaz hatte dem Oberkommandierenden der Streitkräfte und starken Mann der panamaischen Politik, General *Manuel Antonio Noriega*, Wahlfälschung vorgeworfen und ihn als einen der größten Drogenhändler der westlichen Welt bezeichnet. Unter General Noriega und dem zivilen Präsidenten Eric Arturo Delvalle hat die Politik des strategisch wichtigen Landes einen militant antiamerikanischen Kurs eingeschlagen. Im Juni/Juli kam es zu Straßenunruhen und Streiks, die Regierung rief den Ausnahmezustand aus. Ein Votum des US-amerikanischen Senats, die Vorwürfe gegen General Noriega zu prüfen, provozierte regierungsfreundliche Demonstrationen, die wiederum zu Gegendemonstrationen oppositioneller Gruppen führte. – Die katholische Kirche in Panama beobachtet die politische Krise mit wachsender Besorgnis, tritt mit Appellen immer häufiger an die Öffentlichkeit und hat ihre Vermittlerdienste angeboten. In einem Hirten Schreiben der Bischöfe vom Juli heißt es, die eigentliche Ursache für die Unruhen im Land sei „die Unzufriedenheit und der Vertrauensverlust in der panamaischen Bevölkerung gegenüber Regierung und Staat“.